

## **Hartz IV wird erst im Bundesrat entschieden: Landtagsabgeordnete wollen Bundesratsvertretungen ihrer Parteien auf den Zahn fühlen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne überlassen wir Ihnen die angehängte Pressemitteilung und ein Foto zur Veröffentlichung.

Auf dem Foto sind als Vertreter/innen der Parteien und des Runden Tisches ARMES GÖTTINGEN von rechts nach links zu sehen: Werner Ochotzki, Bürger, Patrick Humke (DIE LINKE), Manfred Grönig (Paritätischer Wohlfahrtsverband), Stefan Wenzel (B90/GRÜNE), Karin Tobias (Ambulante Hilfe Göttingen), Edgar Schu (Bündnis Montagsdemos); nicht im Bild: Dr. Gabriele Andretta (SPD) und Gunnar Siebecke (Selbsthilfe Körperbehinderter).

Vertreter des Runden Tisches ARMES GÖTTINGEN, ein Zusammenschluss von Sozialverbänden und Erwerbsloseninitiativen, haben an diesem Montag und Dienstag Briefe an Göttinger Landtagsabgeordnete der Oppositionsparteien im Bundestag übergeben. Für die Übergabe der Briefe verabredeten sie sich mit ihnen im Göttinger Bahnhofsgebäude. Sie trafen die Abgeordneten vor deren Abfahrt zum niedersächsischen Landtag in Hannover. Der Hintergrund:

Am 3. Dezember passierte die Hartz-IV-Reform von Bundesministerin von der Leyen den Bundestag. Initiativen gegen Armut und Erwerbslosigkeit im gesamten Bundesgebiet setzen nun alle Hebel in Bewegung, damit die Oppositionsparteien ihre knappe Mehrheit im Bundesrat dazu nutzen, das Gesetzesvorhaben zunächst zu stoppen und die Bundesregierung an den Verhandlungstisch zu bitten. Dieser Initiative „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ haben sich der Runde Tisch ARMES GÖTTINGEN und weitere Göttinger Initiativen angeschlossen.

Zwar regieren in Niedersachsen weder die SPD, noch die GRÜNEN oder DIE LINKE. Deren Landtagsabgeordnete wurden jedoch von den Vertretern der Initiativen gebeten, ihren Einfluss auf Bundesratsmitglieder in anderen Bundesländern, die von ihren Parteien regiert werden, geltend zu machen. Dies sagten sowohl Dr. Gabriele Andretta (SPD), Stefan Wenzel (Bündnis 90/GRÜNE) als auch Patrick Humke (DIE LINKE) zu.

„Mit einer Erhöhung von gerade einmal 5 Euro, also 364 Euro pro Monat für einen Alleinstehenden, will Schwarz-Gelb die Hartz-IV-Politik, mit welcher Rot-Grün 2005 Sozialabbau und das Lohndumping forciert hatte, auch 6 Jahre später unvermindert fortsetzen. Damals wurde ein Hartz-IV-Satz in willkürlicher Höhe von 345 Euro eingeführt. Neben der Partei DIE LINKE, welche die Gnade der späten Geburt weitgehend vor Vorwürfen schützt, werden zunehmend auch die beiden anderen Oppositionsparteien SPD und GRÜNE nun endlich nachdenklich. Mit der Entscheidung im Bundesrat haben sie nun die Chance, endlich Worten Taten folgen zu lassen. Sie können die „Verarmungspolitik“ die mit der Hartz-IV-Reform nur zementiert würde, endlich stoppen“, so Manfred Grönig vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Göttingen.

In den Briefen weisen die Initiativen darauf hin, dass der Hartz-IV-Regelsatz alleine beim Bestandteil für Ernährung für einen Alleinstehenden um 80 Euro auf 195 Euro angehoben werden muss.

„Für 3,94 Euro, die ein erwachsener Hartz-IV-Empfänger bisher pro Tag für Ernährung zur Verfügung hat, kann ein Durchschnittserwachsener, wenn er sich gesund ernähren will, gerade einmal 1.545 Kilokalorien zu sich nehmen. Notwendig wären 2.550 Kilokalorien!“

Diese Lage zwingt Hartz-IV-Bezieher/innen dazu, sich entweder ungesund zu ernähren, um halbwegs auf die nötige Kalorienmenge zu kommen, und damit entsprechende Mangelkrankheiten in Kauf zu nehmen. Oder sie müssen stattdessen Abstriche bei den ebenso geringen Mitteln für kulturelles Leben machen oder darauf verzichten, mal mit dem Bus in die Innenstadt fahren zu können.“, so Edgar Schu vom Bündnis Montagsdemos.

Hartz-IV-Empfänger/innen, welche der beschriebenen Lage ausgesetzt sind, seien bereit, jeden Dumpinglohn zu akzeptieren, Mittel und Wege zu finden, nur um ein paar Euro zusätzlich zu haben.

Die Initiativen appellieren daher an die Oppositionsparteien, dass sie keinen faulen Kompromiss eingehen sollten und etwa auf die deutliche Anhebung des Hartz-IV-Satzes zu verzichten, wenn die Regierung im Gegenzug Regelungen in Richtung gesetzlichen Mindestlohn in Aussicht stelle, wie dies seit langem von den Unterzeichnende und insbesondere auch von den Gewerkschaften gefordert wird.

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sei in der Bundesrepublik natürlich überfällig. Dies sollte aber nicht gegen eine Hartz-IV-Erhöhung ausgespielt werden. Wenn nicht endlich durch eine deutliche Hartz-IV-Erhöhung der Druck vom Kessel genommen werde, seien am Ende doch wieder die Ärmsten und die Geringverdienenden die Dummen.

Dies sei, so Karin Tobias vom Runden Tisch ARMES GÖTTINGEN, angesichts der Milliarden schweren Rettungsschirme für Banken und Börsianer nicht mehr hinnehmbar!